BV-P-ö/07/0019
Beschlussvorlage der Politik
öffentlich

Universitäts- und Hansestadt
Greifswald

Nachhaltiges Management des städtischen Grundstücksvermögens

Einbringer/in	*Datum*
Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	02.11.2020

Beratungsfolge		*Sitzungsdatum*	*Beratung*
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen	Beratung	09.11.2020	Ö
Ausschuss für Bauwesen und öffentliche Ordnung	Beratung	10.11.2020	Ö
Hauptausschuss	Beratung	30.11.2020	Ö
Bürgerschaft	Beschlussfassung	16.12.2020	Ö

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

dass das Grundstücksvermögen der Stadt grundsätzlich nicht durch Verkäufe verringert werden soll. Stattdessen sind Vermietungen, Verpachtungen oder Erbbaurechtsverträge anzuwenden. Über Ausnahmen im Rahmen von Gewerbeansiedlungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt entscheidend und nur mit Grundstückverkäufen realisierbar sind, unverhältnismäßig hohem Sanierungsaufwand, Flächentauschen oder kleinteiliger Ergänzungsbebauung bzw. Flächenangleichungen, entscheidet weiterhin die Bürgerschaft.

Sachdarstellung

In Anwendung des Beschlusses 520-24/96 vom 24.09.1996 und in Anbetracht der Tatsache, dass dieser Beschluss einerseits oft nicht zur Anwendung kam und andererseits nicht konsequent genug formuliert wurde, ist es dringend, dass ein erneuter Beschluss mit eindeutigerer Intention und stärkerer Bindungswirkung durch die Bürgerschaft gefasst wird.

Die Universität Greifswald hat bereits durchgesetzt, dass ihr Grundstücksvermögen nicht veräußert wird und stattdessen ein nachhaltiges Grundstücksmanagement Anwendung findet. Zahlreiche Kommunen haben ähnliche Vorschriften bereits erlassen.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat allein in den letzten [] Jahren Flächen in der Größe von [] Hektar und einem Verkaufswert von [] Euro verloren. In den Jahren nach der Wende war es bereits ein Vielfaches davon. Die einmaligen Erlöseffekte stehen zu den langfristigen Nutzen oft in keinem sinnvollen Verhältnis. Langfristig führt eine Politik des Veräußerns von Vermögen

zu einer Einengung der finanziellen Handlungsfähigkeit. [] = Zahlen werden der noch zu beantwortenden Kleinen Anfrage entnommen.

Finanzielle Auswirkungen

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen (Ja oder Nein)?	HHJahr
Ergebnishaushalt	Ja	
Finanzhaushalt	Ja	

	Teil-haushalt	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Bezeichnung	Betrag in €
1				

	HHJahr	Planansatz HHJahr in €	gebunden in €	Über-/ Unterdeckung nach Finanzierung in €
1				

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto Deckungsvorschlag	Deckungsmittel in €
1			

Folgekosten (Ja oder Nein)?	

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Planansatz in €	Jährliche Folgekosten für	Betrag in €
1					

Auswirkungen auf den Klimaschutz

Ja, positiv	Ja, negativ	Nein
		X

Begründung:

Anlage/n

Keine